

Bankenbetrug: Doppelschock für den Staatshaushalt vermeiden

Im November 2014 waren drei moldauische Banken von betrügerischer Kreditvergabe im Umfang von geschätzt 1 Mrd. USD betroffen. Dies entspricht ca. 20% des moldauischen Bruttoinlandsprodukts. Für die veruntreuten Kredite besteht wenig Chance auf Rückzahlung, wodurch alle drei Banken ihre Einlagen nicht mehr voll bedienen können; die Banken sind insolvent. Da die Vorgängerregierung die Einlagen der Sparer großzügig garantiert hat und keine nennenswerte Einlagensicherung existiert, käme dadurch eine enorme fiskalische Belastung auf den Staat zu. Wir schätzen, dass diese zwischen 0,5 und 1 Mrd. USD liegt. Durch den zu erwartenden sprunghaften Anstieg der Staatsverschuldung und den daraus resultierenden steigenden Zinskosten, droht dem Staat ein Ausgabenschock.

Gleichzeitig haben die internationalen Partner angesichts des Betrugsskandals einen Großteil der finanziellen Zuwendungen und Kredite gestoppt. Damit droht dem Staatshaushalt ein weiterer Schock auf der Einnahmen- und Finanzierungsseite. Der resultierende „Doppelschock“ aus höheren Ausgaben um die Staatsschulden zu bedienen und niedrigen Einnahmen in Form von Gebermitteln bedroht die fiskalische Stabilität des moldauischen Staats.

Die einzige gangbare Option für die moldauische Regierung zur Bewältigung des Bankenskandals ist daher die Zusammenarbeit mit den ausländischen Gebern, insbesondere eine Einigung mit dem IWF über ein neues Programm. Dies schließt eine zufriedenstellende Aufklärung des Bankenbetrugs ein. Nur so lässt sich vermeiden, dass der Bankenskandal zu einem „Doppelschock“ für die öffentlichen Finanzen wird; und sich dadurch die fiskalische und makroökonomische Situation der Republik Moldau stark destabilisiert.

Hintergrund

Betrügerische Kreditvergabe kombiniert mit unzureichender Bankenaufsicht haben dazu geführt, dass ein geschätzter Betrag von 1 Mrd. USD aus dem moldauischen Bankensystem veruntreut wurde. Betroffen von dem Betrugsskandal sind die drei Banken Banca de Economii, Banca Sociala und Unibank. Angesichts des Ausmaßes des Betrugs stellt sich die Frage welche ökonomischen Auswirkungen – insbesondere auf Staatsverschuldung und öffentliche Finanzen – zu erwarten sind und welche Schritte die Regierung ergreifen sollte, um die negativen Auswirkungen zu begrenzen.

Kosten des Bankenskandals für den Staat

Ganz konkret bedeutet der Bankenbetrug, dass ein Großteil der Bankkredite der betroffenen Banken nicht mehr zurückgezahlt und auch keine Zinszahlungen geleistet werden. Damit sind diese Forderungen wertlos und die Banken verfügen nicht mehr über genug Mittel um ihre Einleger, aber auch Kredite von anderen Banken, zurückzuzahlen. Da somit die Verbindlichkeiten die Forderungen übersteigen, sind die Banken ohne externe Unterstützung insolvent. Für die Behörden ergeben sich zwei grundsätzliche Möglichkeiten auf die Bankeninsolvenz zu reagieren: (i) Die Liquidierung der betroffenen Banken oder (ii) eine Re-Kapitalisierung der betroffenen Banken.

Die Liquidierung ist dabei die von den ausländischen Gebern favorisierte Variante. Sie stellt einen klaren Schnitt dar, da die Banken nicht weiter für Veruntreuung genutzt werden können. Allerdings ist diese Option auch mit Kosten verbunden, da die Vorgängerregierung sich im Vorfeld der Parlamentswahlen Ende 2014 dazu hinreißen ließ, alle Einlagen zu garantieren. Da die Einlagensicherung dafür bei weitem nicht ausreicht, muss der Staat für den Großteil der ungedeckten Einlagen Haushaltsmittel nutzen. In der Tat, Banca de Economii allein schuldet der Nationalbank bisher bereits 460 Mio. USD, die genutzt wurden um Einleger auszuzahlen.

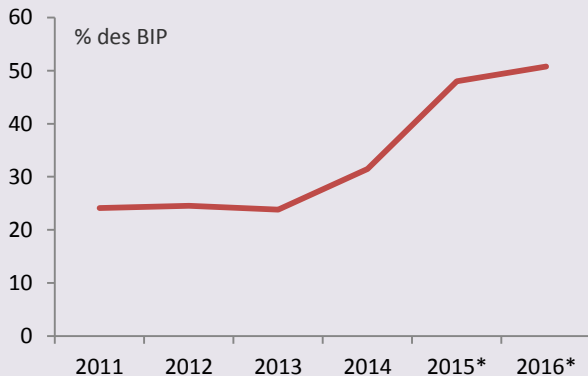
Alternativ könnten natürlich die Anteilseigner den Banken neues Kapital zur Verfügung stellen. Da der Staat allerdings der größte Anteilseigner der Banca de Economii ist, würde auch diese Variante auf hohe Kosten für den Staatshaushalt hinauslaufen. Es besteht außerdem die Gefahr, dass noch mehr faule Kredite auftauchen oder erneute Veruntreuung stattfindet. Unabhängig von der letztendlich gewählten Option ist davon auszugehen, dass die Kosten für den Staat im Bereich von 0,5-1 Mrd. USD liegen werden.

Ausgabenschock durch Zinskosten

Damit stellt sich die Frage nach den zu erwartenden Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen. Im Fall einer Liquidierung wird der Staat neue Schulden machen müssen, um die großzügigen Garantien für Einleger einlösen zu können. Nimmt man an, dass die Gesamtkosten irgendwo zwischen 0,5 und 1 Mrd. USD liegen, würde sich die Staatsverschuldung um 8%-17% des BIP erhöhen. Zum Vergleich die Staatsverschuldung im Verhältnis zum BIP lag in 2013 bei knapp 30%. Die Kosten des Bankenbetrugs sind also ein wesentlicher Grund für den vom IWF prognostizierten Anstieg der Staatsverschuldung.

Diese enorme Erhöhung der Staatsverschuldung findet statt, ohne dass davon auch nur ein Krankenhaus modernisiert oder nur 1 km Straße instandgesetzt wurde.

Moldauische Staatsverschuldung



Quelle: IWF, *Prognose

Der Anstieg der Verschuldung bedeutet sprunghaft höhere Staatsausgaben für Zinszahlungen, insbesondere da gegenwärtig der Zinssatz für moldauische Staatsanleihen bei über 15% liegt. Damit ergibt sich ein jährlicher Ausgabenanstieg von 75-150 Mio. USD für Zinszahlungen alleine. Das entspricht 5-10% der gegenwärtigen öffentlichen Ausgaben und heißt, dass der moldauische Staat entweder seine Ausgaben um 5-10% kürzen oder die Steuern dementsprechend erhöhen muss.

Einnahmenschock durch Stopp der Gebermittel

Einen weiteren Schock für den Staatshaushalt stellt der gegenwärtige Stopp der internationalen Finanzhilfen dar. So sind die internationalen Geber Unwillens weitere direkte finanzielle Unterstützung an den moldauischen Staat zu leisten so lange die Gefahr besteht, dass das Geld an anderer Stelle gestohlen wird. Sowohl die Europäische Union als auch die Weltbank haben ihre „Budget Support Programme“ ausgesetzt und eine für Juni 2015 geplante Mission des IWF wurde abgesagt. Die fiskalischen Risiken eines anhaltenden Stopps der internationalen finanziellen Zusammenarbeit wären enorm. So erhielt die Republik Moldau in 2014 Zuwendungen im Wert von 165 Mio. USD (was 2,9% des BIP entspricht) sowie weitere 80 Mio. USD (1,4% des BIP) in Form von zinsgünstigen Krediten. Ein dauerhafter Wegfall dieser Zahlungsströme hätte enorme Implikationen für den Staatshaushalt.

Fazit

Die einzige gangbare Option für die moldauische Regierung ist die Zusammenarbeit mit den internationalen Partnern. Ohne eine solche Zusammenarbeit droht dem Staatshaushalt ein „Doppelschock“, da nicht nur

höhere Ausgaben für Zinszahlungen anfallen, sondern auch durch den dauerhaften Wegfall eines Großteils der internationalen Zuwendungen ein signifikanter Teil der Einnahmen wegbräche. Beides zusammen wäre kaum verkraftbar und bedroht damit die fiskalische Stabilität des moldauischen Staats.

Um diesen „Doppelschock“ abzuwenden, muss die moldauische Regierung – auch im eigenen Interesse – die Bedingungen der internationalen Geber erfüllen. So haben Weltbank und Europäische Union klargestellt, dass es ohne ein neues IWF Programm keine Fortsetzung des „Budget Supports“ geben wird. Die wesentlichen Bedingungen für eine Vereinbarung mit dem IWF sind eine ernsthafte Aufklärung des Bankenskandals, die Liquidierung der drei Banken, die Reform der Nationalbank und der Bankenaufsicht und – insofern möglich – die Rückgewinnung der veruntreuten Kredite.

Für die moldauische Regierung geht es jetzt um Schadensbegrenzung. Selbst unter dem „Best Case“ Szenario einer geordneten Abwicklung der Banken mit Hilfe der internationalen Partner werden die fiskalischen Kosten enorm und eine deutliche Schwächung der Wirtschaftsleistung nicht zu vermeiden sein. Es ist aber auch klar, dass alle Alternativen unweit höhere ökonomische und politische Kosten hätten.

Autor

Jörg Radeke, radeke@berlin-economics.com

Download unter: www.get-moldau.de

German Economic Team Moldau (GET Moldau)

GET Moldau führt seit 2010 einen wirtschaftspolitischen Dialog mit Entscheidungsträgern der moldauischen Regierung. Es wird im Rahmen des TRANSFORM-Nachfolgeprogramms der Bundesregierung durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie finanziert.

Herausgeber

Dr. Ricardo Giucci, Jörg Radeke

Impressum

German Economic Team Moldau
 c/o Berlin Economics
 Schillerstraße 59
 D-10627 Berlin
 Tel: +49 30 / 20 61 34 64 0
 Fax: +49 30 / 20 61 34 64 9
 info@get-moldau.de
 www.get-moldau.de